Nr. 313 XXVI. Jahrgang

Sonnabend, 16. November 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 80 bzw. 150, mit Platzvorschrift 50 bzw. —. Für Villen- oder Kunden- 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Beilagegebühr 50 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Bestellung in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.56 „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 2.49 „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Streifb. wöchentl. M 1.10, Einz.-Nummer 10 Pf.

Ein Aufruf an die bisher feindlichen Völker

Für Gerechtigkeit und Solidarität

×Berlin, 14. November

An die Völker Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas!

Vier Jahre lang hat der Weltkrieg die Völker in zwei feindliche Lager geschieden. Millionen von Menschenleben sind vernichtet worden. Kulturgüter ohne Zahl sind der Zerstörung anheimgefallen. In allen Völkern lebt die brennende Sehnsucht nach Frieden. In Deutschland waren es die Militärkaste und die herrschenden Gewalten, die in den Krieg hineingetrieben haben und die in unersättlicher Eroberungsgier von Frieden nichts wissen wollten. Mit eisernem Zwange hielt die Militärdiktatur das deutsche Volk im Innern in Bann. Unter unsäglichen Opfern und Verfolgungen hatten die zu leiden, die den Kampf für Frieden und Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hatten.

Der Uebermut und die Herrschsucht der Herrschenden drohten das deutsche Volk der vollständigen Vernichtung zu überliefern. In letzter Stunde raffte es sich auf und warf das unerträgliche Joch von sich. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die in wenigen Tagen der fluchbeladenen Hohenzollernherrschaft und dem ganzen dynastischen System Deutschlands ein Ende machten. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die die Militärdiktatur zerschmetterten und die Regierung beseitigten, die die Verantwortung für die Kriegspolitik Deutschlands trug. Arbeiter und Soldaten sind es, die die Freiheit Deutschlands erfochten haben.

Arbeiter und Soldaten sind es, die dringend den Frieden haben wollen. Die andern Völker haben von dem freiheitlichen Deutschland nichts mehr zu befürchten. Wie die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach außen in Deutschland für immer dahin sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Ein friedliches Zusammenleben der Völker, ein engerer ersprießlicher Wirtschaftsverkehr, ein auf dauerndem Frieden und wirklicher Freiheit aufgebauter Völkerbund ist das Ziel der deutschen Arbeiter und Soldaten.

Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes von Hunger, Entbehrungen und andern Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierungen der Entente unerträglich harte Waffenstillstandsbedingungen und Friedensbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeits- und Solidaritätsgefühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand. Wir bitten sie, bei ihren Regierungen selbst zu wirken, daß das deutsche Volk nicht völlig zum Hungertode und politischer Ohnmacht verurteilt werde. Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Friede brüderlicher Verständigung ohne jede Eroberung und Unterdrückung werde, ein Friede, der jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung und der freiheitlichen Entwicklung läßt.

Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens usw. habt oft versprochen, daß ein solcher Frieden euer Ziel sei. Laßt jetzt euer Versprechen zur Tat werden. Tretet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Tretet dafür ein, daß ein Frieden zustande kommt, der den Aufbau einer neuen, glücklicheren und friedlicheren Welt ermöglicht, ein Frieden, der künftiges Völkermorden unmöglich macht.

Als Vertreter des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte erheben wir unsre Stimme und bitten euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk durch eure Regierungen nicht zu einem Sklavendasein verurteilt wird. Wir haben uns unsre Freiheit im Innern erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter sitzen.

Es lebe der Frieden! Es lebe die Freiheit! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Berlin, den 14. November 1918.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte.
Braun Molkenbuhr und Richard Müller.

Das Hauptquartier in Wilhelmshöhe

Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg ist gestern vormittag mit dem Großen Hauptquartier in Kassel eingetroffen und hat im Wilhelmshöher Schloßhotel Wohnung genommen. Am Bahnhof hatten sich ein Vertreter des A- und S-Rates und für die Stadtverwaltung der Oberbürgermeister eingefunden.

Erklärung des sächsischen Ministeriums

Das sächsische Gesamtministerium gibt folgende Erklärung ab:

Seine Majestät der König hat dem Throne entsagt. Vor vollzogener Abdankung hat der König den Staatsministern die erbetene Entlassung aus seinen Diensten gewilligt, ihnen dabei aber die zum Wohl des Landes etwa gebotene Fortführung der Geschäfte anheimgestellt. Er hat weiter alle Offiziere und Beamte, Geistliche und Lehrer des ihm geleisteten Treueides entbunden und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß auch sie der veränderten Regierungsform ungeachtet fortfahren möchten, dem Vaterlande mit allen ihren Kräften zu dienen.

Im Interesse der öffentlichen Ordnung, deren Versagen unnennbares Elend nach sich ziehen müßte, sind wir an unserm Teile bereit, die uns anvertrauten Ministerien weiter zu verwalten, insoweit und solange uns dazu die Möglichkeit bleibt. Aber auch für den Fall unsres endgültigen Ausscheidens bitten wir alle, die im Dienste des Heeres, im unmittelbaren oder mittelbaren Dienst von Staat und Gemeinde, Kirche und Schule stehen, auf ihrem Posten auszuharren und ihre Berufspflichten auch fernerhin mit aller Gewissenhaftigkeit zu erfüllen. Die Sicherung und Förderung des Gemeinwohls sei nach wie vor und in den schweren Wochen und Jahren, die unser warten, mehr denn je Richtschnur für unser Tun und Lassen.

Die Minister der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegs, der Finanzen, des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts:

(gez.) Dr. Heinze, v. Wisdorf, Dr. Schroeder, Dr. Koch, v. Nostitz-Wallwitz.

Neue Minister

Wolffs Telegraphisches Bureau meldet soeben:

Dresden, 15. November. Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Chemnitz und Leipzig haben in einem Aufruf an das sächsische Volk die Ziele der Revolution dargelegt, die zu ergreifenden Maßnahmen festgestellt und eine neue Regierung gebildet. Die Regierung setzt sich aus folgenden Volksbeauftragten zusammen:

Lipinski: Inneres und Aeußeres, Geyer: Finanzen, Fleißner: Militärwesen, Schwarz: Arbeitsministerium, Dr. Gradnauer: Justiz, Buck: Kultus- und Unterrichtsministerium.

Die Geschäfte der Ministerien sind heute vormittag von den Volksbeauftragten übernommen worden.

Es ist nicht zu ersehen, wie die vorher veröffentlichte Meldung über die Weiterarbeit der früheren Minister mit dieser Ankündigung in Einklang zu bringen ist. Arbeiten sie, wie in den Reichsministerien, neben den Volksbeauftragten weiter, oder nicht. In dem Augenblick, da diese Meldung veröffentlicht wird, sind wir nicht in der Lage, irgend etwas Zuverlässiges hierüber festzustellen.

Eine Proklamation der Unabhängigen

Die „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht folgende Proklamation: An das sächsische Volk! Das kapitalistische System hat seinen Zusammenbruch erlebt. Die bürgerliche monarchische Regierung ist gestürzt. Das revolutionäre Proletariat hat die öffentliche Gewalt übernommen. Sein Ziel ist die sozialistische Republik.

Verwirklichung des Sozialismus heißt: Verwandlung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche; Enteignung des Privateigentums an Grund und Boden, Berg- und Hüttenwerken, Rohstoffen, Banken, Maschinen, Verkehrsmitteln usw., Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, Uebernahme der Produktion durch das Proletariat.

Aufgabe der sozialistischen Regierung ist, die Revolution fortzusetzen und zu steigern bis zur völligen Ueberwindung der herrschenden bürgerlichen Klasse.

Verwirklichung der Republik heißt, absolute Herrschaft des Willens der Arbeiterklasse, Beseitigung der Knechtschaft in jeder Form, allgemeine Volksbewaffnung zum Schutze der Errungenschaft der Revolution. Abschaffung aller Arten des arbeitslosen Einkommens, Trennung der Kirche vom Staat, Abschaffung aller bürgerlichen Gerichte.

Die republikanische Regierung Sachsens hat die besondere Aufgabe, die Ausdehnung des sächsischen Staates herbeizuführen und die einheitliche sozialistische deutsche Republik zur Tatsache zu machen.

Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz.
Schwarz. Neurina. Fleißner. Rühle. Geyer.
Lipinski. Seger. Heckert. Mälzer. Heilisch.

Gegen diese Proklamation wendet sich die folgende Erklärung des Dresdner Arbeiter- und Soldatenrats:

„Entgegen einem Beschlusse des Ver. rev. A- und S.-Rats Groß-Dresden sind unter die Proklamation der Volksbeauftragten der Leipziger, Dresdner und Chemnitzer A- und S.-Räte die Namen der Beauftragten des Dresdner A- und S.-Rats gesetzt worden. Nachdem der A- und S.-Rat beschlossen hatte, die Proklamation zur nochmaligen Beratung zurückzuweisen, sind die Namen der Dresdner Beauftragten hinfällig. Die Genossen Schwarz und Neurina erklären, daß sie sich ebenfalls jenem Beschlusse des A- und S.-Rats gefügt haben."

Aus alledem ist zu ersehen, wie dringend notwendig in dem hitzigen Widerstreit der Meinungen eine zentrale Leitung und die Einberufung der Volksvertretung, d. h. der Nationalversammlung, ist. Durch die sich scharf widersprechenden Ankündigungen wächst die Unruhe und damit die Unsicherheit, die Lebensmittelversorgung, geordnete Arbeitsmöglichkeiten aufrechterhalten. Die Reichsregierung erklärt gestern das Gegenteil von dem, was heute in einem Landesteil als maßgebend proklamiert wird. So kommen wir keinesfalls weiter, sondern geradeswegs in einen Zustand hinein, bei dessen Eintritt, wie wiederholt von Wilson und aus England angekündigt, die Lebensmittelsendungen verlegt werden.

Wenn nicht alles zugrunde gehen soll, brauchen wir die Mitarbeit aller. Man steht aus der Neuerrichtung der Reichsregierung, daß das sehr wohl und sofort zu erreichen ist, wenn man demokratische Einrichtungen trifft und nicht verworrene Kräfte beseitigt schießt. Die verheißene Freiheit darf sich nicht in ihr Gegenteil verkehren, auch nicht in einzelnen Landesteilen. Dazu aber ist vor allem auch Versöhnlichkeit unentbehrlich. Man darf bei allem berechtigten Zorn gegen das, was war, nicht ab irato regieren und nicht das deutsche Volk und seinen Gesamtwillen überhören. Vielmehr muß gerade nach dem Programm der Demokratie nun erst recht der früher von uns gegen einseitige Herrschaft durch Jahre verteidigte Grundsatz zur Geltung kommen. Das Wohl des Volkes ist das höchste Gesetz. Der Wille dazu kann nicht in einem Teil Sachsens oder in Bayern oder Pommern sich in Dutzenden einander widerstrebender Einzelordnungen geltend machen. Wir müssen zur Einigung kommen, schon um nicht den Feinden bei den Friedensverhandlungen gänzlich ohnmächtig gegenüberzustehen. Diese Einigung aber ist nicht zu erzielen durch die Alleinherrschaft einer einzelnen Gruppe, sondern nur durch den Willen und die Mitarbeit des gesamten Volkes in voller Entschließungsfreiheit.

Die neue Verteilung der Reichsämter

WTB. Berlin, 14. November. (Amtlich.)

Nach dem Beschluß des Vollzugsrates der Volksregierung sind die Reichsämter wie folgt besetzt worden:

Auswärtiges Amt: Dr. Solf, Reichsschatzamt: Schiffer, Reichswirtschaftsamt: Dr. August Müller, Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation: Koeth, Kriegsernährungsamt: Warm, Reichsarbeitsamt: Bauer, Kriegsministerium: Scheüch, Reichsmarineamt: v. Mann, Reichsjustizamt: Dr. Kraute, Reichspostamt: Rüdlin.

Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt: Dr. David, Kriegsernährungsamt: Dr. Schmidt, Reichsarbeitsamt: Giesberts.

Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt: Karl Kautsky, Reichsschatzamt: Bernstein, Reichswirtschaftsamt: Dr. Erdmann aus Köln, Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation: Büchner und Schumann, Reichsarbeitsamt: Jäckel, Kriegsministerium: Göhre und Dänwitz, Reichsmarineamt: Noske und Boutherr, Reichspostamt: Dr. Oskar Cohn.

Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Besetzung des Reichsamtes des Innern schweben noch Verhandlungen.

× Berlin, 14. November. (Amtlich.)

Eine Pressemitteilung über die Ressortverteilung in der Reichsleitung hat zu Irrtümern Anlaß gegeben. Die Einteilung in bestimmte Ressorts bedeutet nur eine Verteilung des Arbeitsstoffes innerhalb der Reichsleitung, im besonderen zur Erledigung der Eingänge. Sie bedeutet aber keinesfalls einen Erlaß oder eine Aufhebung der bisherigen Staatssekretariate. Die bisherigen Staatssekretariate behalten vielmehr nach dem Willen der Reichsleitung ausdrücklich und uneingeschränkt ihre Arbeitsgebiete und erledigen die ihnen gegebenen Aufgaben nach der generellen Anweisung der Reichsregierung.

Die tschechische Nationalversammlung

(Privattelegramm)

+ Prag, 15. November

Im Landtage versammelte sich heute die tschechische Nationalversammlung. Tribünen und Journalistenlogen waren überfüllt. In den Journalistenlogen waren reservierte Plätze nicht nur für die Prager, mährischen und Wiener Blätter, sondern auch für die Ententezeitungen. Auch einige Frauen sahen auf den Abgeordnetenbänken. Die Begrüßungsansprache hielt Dr. Karl Kramarz, der u. a. sagte: „Wegen der Deutschen Böhmens steht die Nationalversammlung auf dem Standpunkte, daß jedem Deutschen, der sich loyal zum neuen Staat bekennt, vollster Schutz seiner Nationalität gewährt werden muß." Er proklamierte dann unter minutenlangem und brausendem Jubel die tschecho-slowakische Freiheitsrepublik unter dem Präsidenten Thomas Masaryk. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Plätzen. Hierauf wurden die Minister gewählt. Dr. Kramarz ist Ministerpräsident.

Der Thronverzicht des Königs Carl von Ungarn

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

⊙ Budapest, 15. November

Nach Berichten der aus Eckartsau zurückgekehrten ungarischen Würdenträger hat König Carl nur sehr schwer auf den ungarischen Thron verzichtet. Ergreifende Szenen spielten sich ab. Das Wort Thronverzicht wird in der Proklamation nicht vorkommen. Nur daß der König sich von den Regierungsgeschäften zurückzieht und bereit ist, jede Staatsform anzuerkennen, die sich die ungarische Nation gibt, wird darin gesagt werden.

Die Vorbereitung der Friedensverhandlungen

Mit dem Beginn der Friedensverhandlungen scheint man schon für die allernächste Zeit rechnen zu können. Die „Köln. Volksztg." will aus Berlin erfahren haben, daß der Abschluß eines Präliminarfriedens bereits angebahnt sei. Von andrer Seite ist diese Meldung noch nicht bestätigt worden, doch zeigt die Ernennung Erzbergers zum Leiter der Verhandlungen, daß die Reichsregierung die Vorbereitungen bereits eingeleitet hat. Auch Präsident Wilson wird persönlich an der Friedenskonferenz teilnehmen. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als es nach amerikanischem Gesetz dem Präsidenten nicht gestattet ist, den Boden der Vereinigten Staaten zu verlassen. Ueber die Vorbereitungen liegen uns die folgenden Meldungen vor:

kg. Berlin, 15. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die neue Regierung hat mit der Erwählung der Friedensdelegation bereits begonnen. Auch die bürgerlichen Parteien werden in der Friedensdelegation vertreten sein.

m. Köln, 15. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Kölnische Volkszeitung" meldet aus Amsterdam: Nach einem drahtlosen Bericht aus Paris werden heute Zusammenkünfte zwischen alliierten und deutschen Delegierten in Maubeuge, Charleville und Namur erfolgen.

+ Zürich, 15. November. (Priv.-Tel.) In Züricher diplomatischen Kreisen glaubt man, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß Erzberger Mitglied der Friedensdelegation wird, da er nicht auf gutem Fuße mit dem Kanzler Ebert stehe. Man glaubt, daß die Delegation Scheidemann zum Führer erhalten wird.

s. Basel, 15. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Morning Post" meldet aus Paris: Der Versailler Kriegsrat ist am Dienstag in die Beratung der Friedensbedingungen eingetreten. Die Beschlüsse können frühestens nächste Woche vorliegen. Die „Times" melden: Die Friedensverhandlungen beginnen in der letzten Novemberwoche. — „Temps", „Matin" und „Journal des Débats" veröffentlichen am Dienstag gleichlautende Informationen aus dem Ministerium, wonach das linke Rheinufer außer Elsaß-Lothringen von der Entente nur besetzt, aber nicht verwaltet werden soll.

+ Kopenhagen, 15. November. (Priv.-Tel.) „Berlingske Tidende" wird aus Paris mitgeteilt, daß alle Premierminister der Alliierten und Vertreter der Vereinigten Staaten wahrscheinlich in den allernächsten Tagen in Versailles zusammenkommen werden, um die Bedingungen des Präliminarfriedens zu erwägen. Besonders wird man zwei wichtige Fragen erörtern, nämlich, wie die Alliierten sich zu der politischen Bewegung in Deutschland und Oesterreich stellen sollen und wie Deutschland bei den Friedensverhandlungen vertreten sein soll.

× London, 14. November. Reuter erfährt: Wilsons Ankunft in England wird in kurzem erwartet.

+ Kopenhagen, 15. November. (Priv.-Tel.) „Nationaltidende" berichtet aus London: Privattelegramme aus Washington melden, daß Lansing als Mitglied der amerikanischen Abordnung aller Wahrscheinlichkeit nach an der Friedenskonferenz teilnehmen wird. General Botha und Smuts werden zusammen Südafrika auf dem Friedenskongreß vertreten.

× Rotterdam, 14. November. Nach dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" melden die „Daily News" aus New-York: Die Unruhen in Deutschland haben auf die Amerikaner einen tiefen Eindruck gemacht, deshalb werden in einigen Kreisen Lebensmittel für Deutschland und eine Erleichterung der Blockade als die erste Voraussetzung für die Sicherung des Waffenstillstandes betrachtet. Es heißt, daß Wilson einen ausgearbeiteten Plan für einen Völkerbund hat, einschließlich eines internationalen Gerichtshofs für Rechtsstreitigkeiten und einer internationalen Polizei für die Meere.

Die Teilnahme Wilsons an den Friedensverhandlungen ist auch insofern von Bedeutung, als damit die Hoffnung auf das Zustandekommen eines Rechtsfriedens neu gestärkt wird.

Lansings Antwort an Solf

In Rotterdam wurde folgender Funkspruch des schweizerischen Gesandten in Washington an das Ministerium des Aeußern in Bern aufgefangen: Ich habe dem Staatsdepartement ohne Verzug die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt, die Ihr Kabel Nr. 57 enthielt. Staatssekretär Lansing ersuchte mich, folgende Antwort zu übermitteln:

In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der alliierten

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181116/1